

spotlight europe

2013/04 — Mai 2013

Nordafrika im Wandel – Chancen mit und für Europa

Christian-P. Hanelt

Nahost-Experte, Bertelsmann Stiftung, christian.hanelt@bertelsmann-stiftung.de

Sven Behrendt

Gründer und Geschäftsführer von GeoEconomica, sven.behrendt@geoeconomica.com

Nordafrika im Umbruch: Die durchwegs jungen Gesellschaften sind gleichsam stolz auf ihre Rebellionen und frustriert über die ausbleibenden Lebensperspektiven. Europas Rolle im strategisch wichtigen südlichen Mittelmeerraum muss neu austariert werden, um Demokratie, Beschäftigung und Sicherheit zu fördern. Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten haben erhebliches Kooperationspotential.

spotlight europe # 2013/04

Mit Sorge blicken viele Europäer auf die Entwicklungen jenseits des Mittelmeeres. Der Bürgerkrieg in Syrien, der Atomkonflikt mit dem Iran, gewalttätige Demonstrationen in Ägypten und Kämpfe gegen radikale Terrorgruppen in Mali prägen ihre Wahrnehmung.

Mit Hoffnung hat Europa noch vor zwei Jahren auf die friedlichen Bürgerproteste geschaut, mit denen meist junge Tunesier und Ägypter die Machthaber Ben Ali und Mubarak mit ihren Forderungen nach Würde, Freiheit, Teilhabe und Arbeit herausforderten und schließlich stürzten. Skepsis machte sich dann unter Europäern breit, als der Aufstand der Libyer gegen Diktator Gaddafi der westlichen Militärhilfe erforderte und zigtausend Tote und Verletzte nach sieben Monaten Krieg zu beklagen waren.

Ungewissheit kam hinzu, als in den meisten Wahlen seit 2011 nicht Vertreter der Bürgerproteste oder säkulare Parteien die Mehrheit errangen, sondern islamistische Parteien, über die immer noch gerätselt wird, für wie viel Demokratie und Freiheit sie wirklich stehen?

Zudem brechen große wirtschaftliche und soziale Probleme auf, die die alten autoritären Systeme oft aufgeschoben haben und die die Umbrüche nun verstärken: Die Preise steigen, Arbeitsplätze fehlen, es blüht die Korruption und mancherorts grassiert die Kriminalität.

So sind viele Jugendliche in den Rebellions-Staaten stolz und frustriert zugleich. Stolz darauf, dass ihre Protestbewegungen Diktatoren stürzen konnten und neue Meinungsfreiheit und Medienvielfalt Einzug halten. Sie sind frustriert über

die schwierigen Lebensbedingungen und unsicheren Zukunftsperspektiven.

Sie suchen auch Antworten auf die Fragen nach Identität, Modernisierung und legitimer Herrschaft in einer sich rapide verändernden Welt. Diese Suche gestaltet sich in vielen arabisch geprägten Staaten von Land zu Land unterschiedlich, oft schwierig, nicht gradlinig und der Weg kann auch von Gewalt geprägt sein. So verändert sich insbesondere Europas Nachbarschaft in Nordafrika, sodass sich ein neuer Blick auf Tunesien, Ägypten, Libyen, Algerien und Marokko lohnt.

Die Umbrüche verändern Nordafrika

Seit dem Sturz Ben Alis und den ersten freien Wahlen blockiert das Misstrauen zwischen Islamisten und Säkularen das politische und gesellschaftliche Leben und die Transformation in **Tunesien**. Der Mord an dem säkularen Oppositionspolitiker Chukri Belaid am 6. Februar 2013 und die darauf folgenden Demonstrationen haben wie ein Weckruf gewirkt. Die konsensbereiten Kräfte in der Ennachda-Bewegung und den Oppositionsparteien bringen nun Kompromisse und Reformen voran. Die letzten Punkte im Verfassungsstreit um das Verhältnis von Staat und Religion und die Machtbalance zwischen Präsident und Parlament scheinen einen Konsens zu finden. Eine neue zum Teil aus Technokraten zusammengestellte Regierung arbeitet langsam an wirtschaftlichen und sozialen Reformen und bereitet die Wahlen für das Jahresende vor. Oftmals agiert der alte administrative Apparat aber noch gegen die neue Politik. Radikale Gruppen wie Salafisten müssen in die Schranken gewiesen werden. Der Pressekodex läßt auf sich warten. Neben einer Kultur politischer Kompromissfähigkeit braucht Tunesien dringend Investitionen und Wachstum. Jeder zweite Jugendliche ist ohne Arbeit. Hoffnung macht, dass viele Jugendliche mit kleinen Firmen Arbeitsplätze schaffen. Tunesien hätte mit seinen 11 Millionen Bürgern als Rebellions-Land gute Voraussetzungen, um sich Richtung Demokratie und sozialer Marktwirtschaft zu transformieren.

Die 82 Millionen **Ägypter** dagegen brauchen so etwas wie ein Wunder, um das Land am Nil aus der Sackgasse zu führen. Die Liste der Probleme ist erdrückend lang: Das breite Spektrum säkularer Oppositionsparteien und die regierende islamistische Moslembruderschaft blockieren sich gegenseitig. Zwar ist Präsident Mursi durch freie Wahlen legitimiert, doch das mächtige Zentralkomitee der Partei der Muslimbrüder schränkt seine Autonomie ein. Ihr gut organisierter Apparat bemächtigt sich vieler Posten im alten System Mubaraks. Die christliche Minderheit der Kopten wird gegängelt. Widerstand radikalisiert sich besonders in Straßenprotesten. Alte Kader befeuern das Chaos. Die mächtige Generalität kontrolliert 40 % der Wirtschaft. Korruption lähmt Gerichte und Verwaltung. Die Polizei verfolgt Verbrecher kaum, viele Bürger fühlen sich hilflos. Kapital flieht, Touristen bleiben aus. Und all das im Angesicht eines drohenden Finanzkollapses des Staates und hoher Arbeitslosigkeit. Zurzeit dürfen die ägyptischen Abgeordneten durch einen umstrittenen Gerichtsbeschluss ihr Mandat nicht ausüben. In diesem Jahr stehen Parlamentswahlen am Nil an. Angesichts dieser dramatischen sozialen Lage wird es den Muslimbrüdern allerdings schwer fallen, die anstehenden Wahlen eindeutig zu gewinnen. Die zerstrittenen politischen Lager können sich zudem nicht auf ein Wahlgesetz einigen. Aufgrund des tiefen Misstrauens zwischen den Parteien ist es wichtig, dass die Europäische Union auf internationale Wahlbeobachtung setzt. Derweilen ertragen viele Ägypter diese Lage stoisch und versuchen, mit kleinen Geschäften irgendwie ihr Überleben zu sichern. Die Zeit nach Mubarak hat auch Freiräume geschaffen, in denen junge Unternehmer ihre Kreativität entfalten und Grenzen ausloten können. Fast alle Parteien und Institutionen sind durch ältere Generationen beherrscht - Hoffnung auf Wandel bleibt damit in der Verantwortung der jungen Generation und der Zivilgesellschaft.

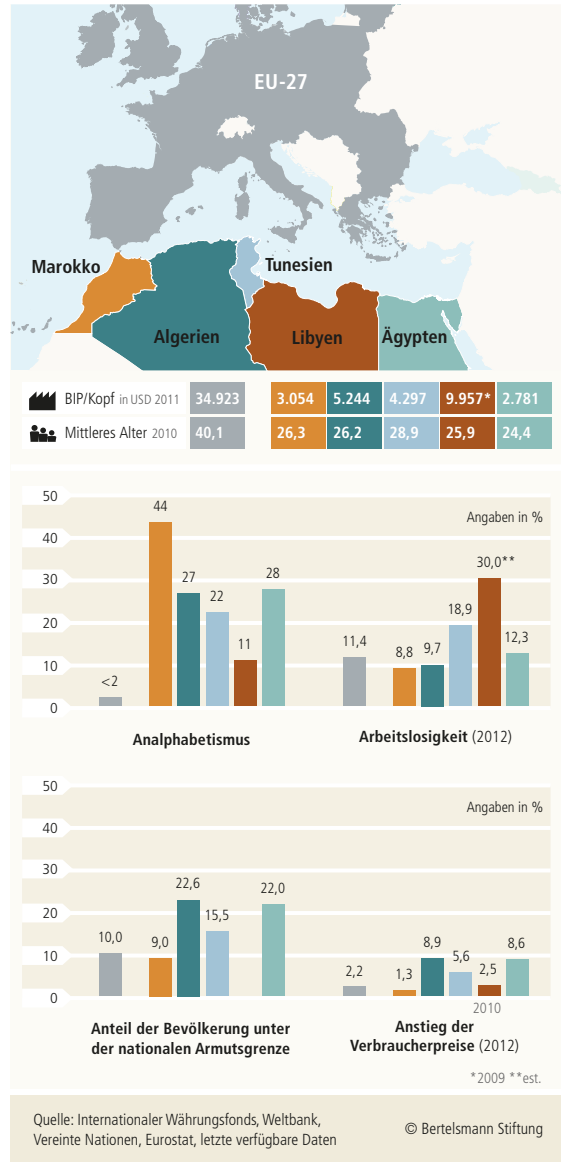
Die Situation in **Libyen** stellt sich ähnlich komplex dar. Milizen stellen krude ihre Forderungen mit Waffengewalt. Westliche Firmen warten vergeblich auf die Bezahlung ihrer Leistungen. Die schwierige Sicherheitslage, der Streit um das Berufsverbot für ehemalige Minister und Beamte aus der Ära Gaddafis,

sowie ein schlecht funktionierender Verwaltungsapparat bremsen die Entwicklung in Libyen. Die Gewaltherrschaft Gaddafis hat viele Wunden hinterlassen. Vom Ausland unterstützt, erhalten die Muslimbrüder Auftrieb, ihre Islamisierungsagenda schürt Misstrauen. Allerdings bringt der Ölreichtum des Landes und die lebendige Arbeitskultur in der frei gewählten verfassungsgebenden Versammlung Hoffnung. Die Abgeordneten haben eine Regierung unter Leitung des liberalen Ministerpräsidenten Ali Zeidan gewählt. Sie ist legitimiert, aber noch nicht stark genug, alle Milizen zu entwaffnen und in eine einheitliche Armee und Polizei zu überführen sowie ihre Autorität gegenüber diversen Stammesführern und Regionalfürsten durchzusetzen. Eine regional-gerechte Verteilung aller Reichtümer und die Dezentralisierung von Kompetenzen können diese Ziele erreichen.

1992 hat die **algerische** Armee den erwarteten Wahlsieg der Islamisten im zweiten Wahlgang abgebrochen. Es folgte ein siebenjähriger Bürgerkrieg mit weit mehr als 100.000 Opfern – am Ende stand eine traumatisierte Bevölkerung. Angesichts dieses Traumas haben viele Algerier Angst, dass eine Arabellion ihrem Land den Bürgerkrieg zurückbringen könnte. Kurzzeitig demonstrierten im Frühjahr 2011 viele Jugendliche friedlich – die Polizei hat diese Demonstrationen brutal aufgelöst. Doch die Forderungen nach Arbeit, Wohnung, Freiheit und Mitbestimmung bestehen weiter. Immer mehr Jugendliche lehnen das „System“ ab: die Herrschaft einer Clique aus alten Generälen, die die Einnahmen aus den Gasexporten kontrolliert und aus dem Hintergrund die politischen Fäden zieht. Doch es gibt auch hoffnungsvolle Ansätze in Algerien. Eine gewisse Medienfreiheit und eine recht lebendige Zivilgesellschaft bereichern die politische Kultur. EU-Parlamentarier haben die jüngsten Wahlen beobachtet, die freier waren als frühere Urnengänge. Die Versammlungsfreiheit ist aber eingeschränkt. Der Führung ist bewusst, dass sie politische und wirtschaftliche Reformen durchführen muss, um Jobs zu schaffen, die Korruption einzudämmen und die Verwaltung zu professionalisieren. Doch noch bestimmt das Paradox: Die Einnahmen aus den Gasexporten machen Algerien reich, gleichzeitig sind Armut und Jugendarbeitslosigkeit hoch.

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Nordafrika

Europa und der südliche Mittelmeerraum:
Großes Nord-Süd-Gefälle



Das Königreich **Marokko** geht bei der Gleichstellung von Arabern und Berbern voran. Es genießt eine so hohe Legitimität, dass es sich auch leisten kann, wirtschaftliche Einnahmen gerechter auf alle sozialen Gruppen zu verteilen, die Presse- und Versammlungsfreiheit zu stärken und die Jugend in das politische System zu integrieren. Friedliche Jugendproteste sorgten im Frühjahr 2011 für eine politische Dynamik. Der König beantwortete die Demonstrationen und die Forderungen nach

Arbeit, Freiheit und Mitbestimmung mit einer offenen Verfassungsreformdebatte. Der neugefasste Text blieb aber hinter den Erwartungen der Protestbewegung vom 20. Februar zurück. Wichtige Neuerung: der König ernennt den Premierminister aus den Reihen der Mehrheitsfraktion im Parlament. Nach den Wahlen vom November 2011 führt Abdelilah Benkirane aus der islamistischen Gerechtigkeitspartei die Regierung. Weitere Herausforderungen: Das Bildungssystem muss verbessert und der Privatsektor mobilisiert werden, um die hohe Zahl von Arbeitslosen, Armen und Analphabeten zu reduzieren.

Die Umbrüche in Tunesien, Libyen und Ägypten haben auch den Reformdruck auf Marokko und Algerien erhöht. Gleichzeitig öffnen sie neue Perspektiven für eine intensivere Zusammenarbeit miteinander zur Überwindung der soziökonomischen Probleme.

Die Umbrüche bringen Nordafrika und Europa näher

Diese Probleme tangieren auch die Europäische Union. Doch angesichts der Staatsschuldenkrise und der hohen Arbeitslosigkeit im südlichen Europa sind die Ressourcen begrenzt, Nordafrika tatkräftig – gar mittels eines Marshallplanes – unter die Arme greifen zu können. Doch Resignation hilft nicht.

Europa und Nordafrika sind sich geographisch nah. Die europäische Gesellschaft altert, im Schnitt sind die Menschen auf dem alten Kontinent 40 Jahre alt. Unsere südlichen Nachbarn sind mit einem Schnitt von 25 Jahren eine junge Gesellschaft. Mit steigenden Bevölkerungszahlen in Nordafrika wird der südliche Mittelmeerraum auch ein potentieller Absatzmarkt für europäische Produkte. Auf beiden Seiten des Mittelmeeres wird der Energiebedarf steigen – neben Öl und Gas hat die Sonnenenergie dort Zukunft.

Fünf Politikfelder bieten sich den fünf nordafrikanischen Ländern an, gemeinsam mit Europa Lösungswege für ihre wirtschaftliche und soziale Misere zu erarbeiten:

Algerien und Libyen verfügen aufgrund ihrer reichen Öl- und Gasvorkommen über hohe finanzielle Ressourcen, die in beschäftigungsintensive Industrie und Infrastrukturprojekte investierbar sind. Arbeitslose aus Ägypten, Tunesien und Marokko könnten hier Jobs finden. Alle fünf Staaten sollten dazu einen gemeinsamen **Arbeitsmarkt** entwickeln.

Neue und wertvolle Jobs schafft auch die lokale alternative Energieerzeugung durch Sonne und Wind. Nordafrika braucht in Zukunft für seine Modernisierung und wachsende Bevölkerung mehr Energie – gleichzeitig soll der Export von Öl und Gas nicht sinken. Wind und Solarstrom können den Mehrbedarf decken, Investitionen in lokale alternative Energiegewinnung lohnen sich.

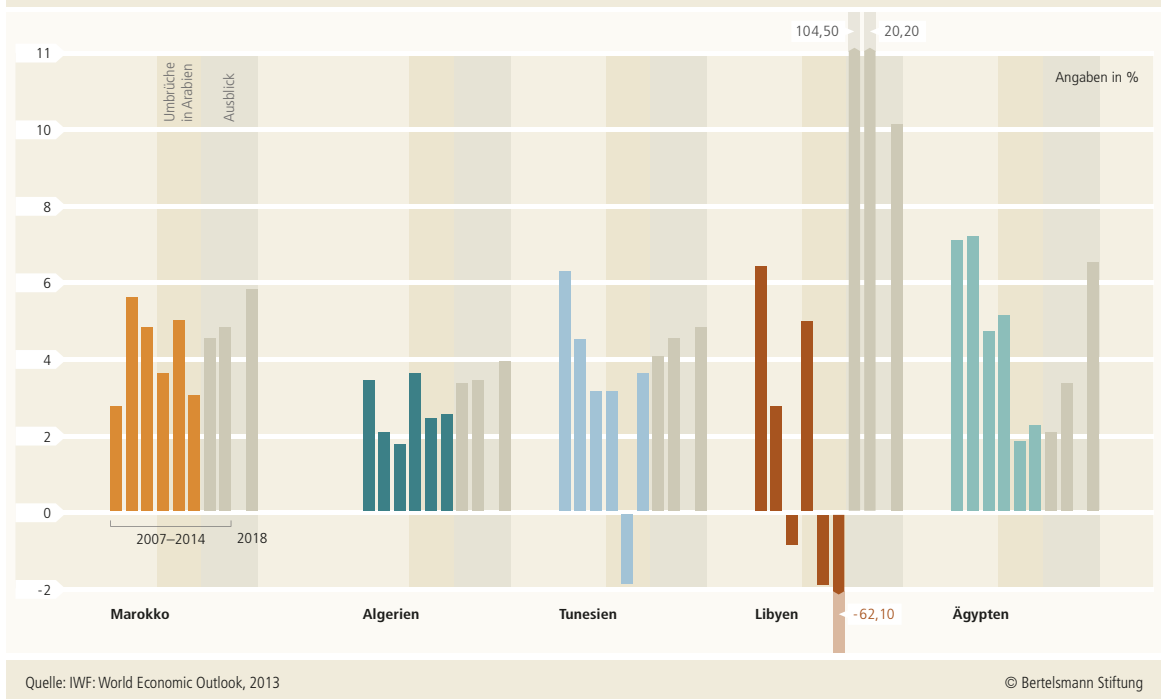
Für Nordafrika ist die Europäische Union der wichtigste Handelspartner. **Handelserleichterungen** mit der EU können den Nachbarn im Süden zu zusätzlichen Einnahmequellen verhelfen. Ein Mehr an Exportchancen – zum Beispiel von Agrarprodukten – auf den europäischen Markt erhöht die Einkommen der nordafrikanischen Agrar- und Zulieferbetriebe und schafft dort zusätzliche Arbeitsplätze. Vorerst ist leider nicht zu erwarten, dass die südlichen Mitgliedstaaten der EU einer Öffnung des europäischen Agrarmarktes zustimmen. Zu groß sind die Ängste, selbst auf Einnahmen verzichten zu müssen und gegebenenfalls Arbeitsplätze zu verlieren.

Der **Handel** zwischen den fünf nordafrikanischen Ländern macht nur magere fünf Prozent aus. Gleichzeitig besteht im Ausbau des intraregionalen Handels großes Potential. Größtes Hindernis sind allerdings realpolitische Interessen: insbesondere Marokko und Algerien müssten ihre Beziehungen verbessern und ihre Grenzen öffnen. Dazu muss der Streit um die Westsahara-Region beigelegt werden. Europa sollte sich gemeinsam mit den USA bei den Vereinten Nationen dafür stark machen, eine Lösung auf Grundlage der UN-Resolutionen durchzusetzen.

Arbeitsplätze kann und soll der Staat nicht mehr alleine schaffen. Zurzeit versuchen viele Regierungen in Nordafrika mehr junge Arbeitskräfte

Reales Wirtschaftswachstum nordafrikanischer Staaten

Wirtschaftliche Konsequenzen der arabischen Rebellion



im öffentlichen Verwaltungsapparat zu beschäftigen, die ihrerseits unausgelastet einen zweiten oder gar dritten Job brauchen, um finanziell über die Runden zu kommen. Die Privatwirtschaft kann gleichzeitig nicht länger fast ausschließlich von Staatsaufträgen abhängig sein. Der Staat benötigt die Hilfe der Privatwirtschaft, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu braucht es mehr Kapital, Rechtssicherheit und Qualifizierungsmöglichkeiten für Mitarbeiter, um junge Leute zu motivieren, Firmen zu gründen.

Geld und Expertise aus Europa wirken bereits in diese Richtung - zwei Projekte sind vorbildlich:

1. In Tunesien unterstützen die deutsche Industrie- und Handelskammer und das Goethe-Institut eine Initiative zur dualen Ausbildung. Tunesische Firmen, die intensiver mit deutschen Firmen Handel treiben wollen, brauchen qualifiziertes Personal. Das Fortbildungsprojekt vermittelt den jungen Leuten mehr Praxiswissen und deutsche Sprachkenntnisse. Dieser Ansatz geht das Defizit

an, dass in den Ländern Nordafrikas jährlich rund 60% der Studenten mit einem Universitätsabschluss in Geistes- und Sozialwissenschaften auf den Arbeitsmarkt strömen, das niedrige Lehr- und Abschlussniveau sie aber wenig für die Wirtschaftswelt qualifiziert. Eine flexiblere Visapolitik der Mitgliedstaaten der EU könnte die Weiterbildung junger Leute aus Nordafrika bei europäischen Firmen erleichtern („EU-Wanderjahre“).

2. Neben der Qualifizierung ist auch das Knüpfen neuer Verbindungen gerade mit kleinen und mittelständischen Unternehmen in Europa von immer größerer Bedeutung für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Nordafrika. Das „Class 2013 Project“ bringt dabei zusätzlich noch tunesische und ägyptische Jungunternehmer bei ihren Besuchen in deutschen Firmen zusammen. Über dieses Dreieck kann auch der Erfahrungsaustausch zwischen nordafrikanischen Unternehmensgründern befördert werden.

Millionen von Zuwanderern aus Nordafrika arbeiten in der Europäischen Union. Viele von ihnen haben in Europa Betriebe gegründet.

Sie sollten konkret angesprochen werden, Jungunternehmer in ihrer Heimat zu unterstützen.

Leider bremsen immer noch die Ängste vor illegaler Einwanderung nach Europa eine flexiblere Visa- Politik für Jungunternehmer und Fortzubildende aus Nordafrika. Die Wirtschaftslokomotive **Türkei** zum Beispiel profitiert dagegen von der Visafreiheit mit seinen Nachbarn. So machen auch viele Nordafrikaner in der Türkei Urlaub und Geschäfte. In den Touristenmeilen Istanbuls erleben sie, wie ein islamisches Land prosperieren und sich demokratisieren kann.

Für Unternehmensgründungsprojekte könnten europäisch-nordafrikanische Initiativen auch andere Partner mit ins Boot holen: Türkische Unternehmen sind in Nordafrika sehr präsent, ihre Handelskammern stark positioniert. Der amerikanische Kongress plant, Gelder für Firmengründungen in Nordafrika zur Verfügung zu stellen. Auch wenn Unternehmen und Investoren aus den reichen Golfstaaten noch sehr zögerlich auf den nordafrikanischen Markt blicken, könnte es sich lohnen, neue Formen der Zusammenarbeit zwischen der Golfregion, Nordafrika und Europa auszuloten.

Denn am Ende des Tages verfügen die Europäer aufgrund der Staatsschuldenkrise und der hohen Arbeitslosigkeit im südlichen Europa über geringere Mittel. Folglich sollten die unterschiedlichen Initiativen und Finanzierungsquellen vernetzt und gebündelt werden, um gemeinsam mehr Wirkung zu erzielen. In diesem Sinne sollte auch eine intensivere Abstimmung der **EU Nachbarschafts-Politik** (ENP) der Brüsseler Institutionen gegenüber Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen und Ägypten gerade mit den intensiven bilateralen Aktivitäten der drei großen EU Mitgliedstaaten Spanien, Frankreich und Italien erfolgen, damit die europäischen Politiken sich nicht blockieren.

Zivilgesellschaft als Anker des politischen und sozialen Konsenses

Die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Nordafrika braucht auch eine lebendige plurale Zivilgesellschaft. Allein in Tunesien haben sich seit der Bürgerproteste über 4000 zivilgesellschaftliche Organisationen registrieren lassen. Viele NGOs befördern die Debatten in den Parlamenten und Medien mit vielfältigen Ideen und Konzepten. Diversen Parteien fehlen zum Beispiel sozio-ökonomische Konzepte. Viele NGOs können auch dabei helfen, dass eine Konsens- und Kompromisskultur im politischen Raum befördert wird, und dass dadurch Brücken besonders zwischen dem islamischen und dem säkularen Spektrum gebaut werden. Das passt nicht allen Akteuren - radikale Gruppen und korrupte Beamte bedrängen diverse NGOs. Die Zivilgesellschaft braucht nicht nur rhetorischen Beistand sondern auch eine faire und transparente Gesetzgebung, die ihre Arbeit schützt, fair regelt und Pluralität zulässt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten, die viele Projekte mit der Zivilgesellschaft in Nordafrika fördern, sollten auf diese Gesetzgebungsprozesse achten.

Hilfreich kann auch ein Erfahrungsaustausch mit Mittel- und Osteuropäern sein, die in den 1989/90iger Jahren den Übergang ihrer Gesellschaften zu Demokratie und Marktwirtschaft mitgestaltet haben. Politisch und gesellschaftlich engagierte junge Leute aus Nordafrika erzählen von wertvollen Gesprächen mit Aktivisten der Solidarność-Bewegung aus Polen, die 1990 am runden Tisch in Warschau teilnahmen und heute noch berichten, wie schwierig es war, zum Beispiel die Rolle der katholischen Kirche in Staat und Gesellschaft zu definieren. Polen und Tunesier wollen nun ein Institut für Demokratie in Tunis errichten - beispielhaft für den Austausch an „know-how“ in Sachen Transformation. ■



Literatur

European Commission, *Progress reports on implementation of the European Neighbourhood Policy*, 20. März 20, 2013. PDF unter:

- Ägypten http://ec.europa.eu/world/enp/docs/2013_enp_pack/2013_progress_report_egypt_en.pdf
 Algerien http://ec.europa.eu/world/enp/docs/2013_enp_pack/2013_memo_algeria_en.pdf
 Libyen http://ec.europa.eu/world/enp/docs/2013_enp_pack/2013_memo_tunisie_fr.pdf
 Marokko http://www.enpi-info.eu/library/sites/default/files/2013_progress_report_maroc_fr.pdf
 Tunesien http://ec.europa.eu/world/enp/docs/2013_enp_pack/2013_progress_report_tunisia_fr.pdf

Internationaler Währungsfond, *World Economic Outlook: Hopes, Realities, and Risks*, April 2013.

<http://www.bti-project.de/atlas/>, Bertelsmann Stiftung Transformationsindex, 2012.

Marc Pierini, *The European Union and the New Middle East: Still on the same Page?*, Globesec Policy Brief, Carnegie Europe, Carnegie endowment for international Peace, 15. April 2013.

Arch Puddington, *Freedom in the World 2013: Democratic Breakthroughs in the Balance*, Freedom House, 16. January 2013.

John Lageson, Ville Tapio, *Springgeneration – Overview of Survey Results*, An initiative of Center for European Studies, Juni 2012.
<http://www.springgeneration.eu>

Michael Bauer, Christian-Peter Hanelt, *The Arab world in Transition: Prospects and Challenges for a Revitalized*, Strategie Papier in Folge der 13. Kronberger Nahost-Gespräche der Bertelsmann Stiftung, Rabat, Mai 2011.

Sigrid Faath (Hrsg.), *Islamische Akteure in Nordafrika*, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2012. PDF unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.32394/>

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.) Otto Wolff, Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V., Isabel Schäfer, *Nordafrika-Politik zwischen Idealen und Interessen*, März 2013 N°1

Kawar Hassan, *Hivos analyses the future of the Egyptian Muslim Brotherhood*, 22. März 2013.
<http://www.hivos.net/Hivos-Knowledge-Programme/Themes/Civil-Society-in-West-Asia/News/Hivos-analyzes-the-future-of-the-Egyptian-Muslim-Brotherhood>

Pol Morillas, *Walking a thin line: The role of think tanks in arab transitions and foreign support*, Brief n. 51, EuroMeSCo, IEMed European Institut of the Mediterranean, 7. Februar 2013.

Prof. Dr. Dieter Euler, *Germany's dual vocational training system: a model for other countries?*, Eine von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebene Untersuchung, 2013.

Qantara Dossier, *Arabischer Frühling*
http://de.qantara.de/wcsite.php?wc_b=78

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Isabell Hoffmann
isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81313

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de
Telefon +49 5241 81 81421

ISSN 1865-7451

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2013/03
Europäische Union und Russland am Scheideweg
Iris Kempe & Cornelius Ochmann

spotlight europe # 2013/02
Syrien – Vom Aufstand zum Krieg
Christian-P. Hanelt & Kristin Helberg

spotlight europe # 2013/01
Vive l'Europe! Vive l'Union!
Joachim Fritz-Vannahme

**Alle Ausgaben des „spotlight europe“
stehen im Internet als Download bereit:
www.bertelsmann-stiftung.de/spotlight**